

JA zum Betreuungsgeld!

Mütter fordern Wahlfreiheit

Eine Aktion der Initiative Familienschutz und Frau2000plus auf AbgeordnetenCheck.de



JA zum Betreuungsgeld – Mütter fordern Wahlfreiheit!

1. Entgegen dem „Kinderbetreuungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1998, welches staatliche Neutralität in der Kindesbetreuung fordert, subventioniert der Staat derzeit als einziges Betreuungsmodell die Kinderkrippe aus Steuermitteln mit durchschnittlich 1000 € monatlich pro Krippenplatz.
2. Das Betreuungsgeld wird daran geknüpft, daß keine öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch genommen wird. Damit ist das Betreuungsgeld eine Finanzierungshilfe für eigenverantwortlich privat organisierte Betreuung.
3. Bei finanzieller Wahlfreiheit würden rund 70% der Eltern ihre Kinder in den ersten drei Jahren am liebsten selbst erziehen (repräsentative IPSOS-Studie 2007).
4. Nach aktuellem Stand der Entwicklungspsychologie und Bindungsforschung ist eine sichere Mutter-/Vaterbindung, die in den ersten drei Lebensjahren stattfinden muß, Voraussetzung für die Bildungsfähigkeit und für eine gesunde seelische und soziale Entwicklung des Kindes.
5. Die NICHD Langzeit- und Großstudie aus den USA, sowie die Wiener Krippenstudie und verschiedene Untersuchungen zur Streßverarbeitung von Kleinstkindern haben hinreichend erwiesen, daß Krippenerziehung mit beachtlichen Langzeit-Risiken für Psyche und späteres Sozialverhalten verbunden ist.
6. Unsere europäischen Nachbarländer zahlen zum Teil noch viel höhere Erziehungs- bzw. Betreuungsgelder an selbsterziehende Eltern und zwar ohne Geldmißbrauchsdiskussion (Schweden 300 Euro, Norwegen 450 Euro, Frankreich und Finnland einkommensabhängig).

Mit dem Betreuungsgeld wird der Staat neben der Krippenbetreuung endlich auch der eigenverantwortlichen Betreuung eine, wenn auch kleine, finanzielle Anerkennung zukommen lassen: ein erster Schritt hin zu echter **Wahlfreiheit** für die Eltern.

Deshalb fordern wir, daß das Betreuungsgeld, wie im Gesetzentwurf des Bundesfamilienministeriums vereinbart, eingeführt und in bar ausgezahlt wird.

Machen Sie mit: www.Abgeordneten-Check.de/kampagne/86-ja-zum-betreuungsgeld-muetter-fordern-wahlfreiheit.